

Die Zeitung von unten!

Zeitung

Wand

Kölner

Februar 1985 **22**

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber
SSK e.V. Liebigstr.25,5 Köln 30
Druck: Betrieb
Merkenicher Str.99, 5 Köln 60

Verantwortlich:
K.Kaecke,
K.Breidenbach



Sanierung Mülheim+Südstadt: Qualitativer Austausch der Bevölkerung

Es sind noch Wohnungen frei!

Die LEG plant nix, weiß nix, hat nix tut nix und ist nix für die armen Leute im Viertel !

Am 19.1.1985 haben wir vom SSK die Häuser Zwirnerstr. 12 und Zugasse 43-45 besetzt. Das Haus Zwirnerstr. 12 wurde von der LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) im Auftrag der Stadt Köln seit Monaten leerstehen gelassen. Sie hat nach Leerräumen der Wohnungen einen Abrißantrag gestellt und diese zu diesem Zweck gezielt verrotten lassen: Fenster wurden offen gelassen, Löcher in das Dach geschlagen, Dachluken wurden offen gehalten und ähnliche Mafiamethoden.

Um den Widerstand der Verwaltung, in der Person der Denkmalschützerin Frau Dr. Kier zu brechen, sollten auf diese Weise vollendete Tatsachen geschaffen werden. Die Häuser Zugasse 43-45 sollen einem Verkehrsplanungsentwurf, der nicht einmal in ferner Zukunft verwirklicht werden kann, zum Opfer fallen. Dies erklärte uns gegenüber Herr Niederhausen von der LEG. Für diesen „Wahnsinnsplan“ gibt es jedoch keine rechtliche Grundlage, weil weder ein rechtsgültiger Bebauungsplan noch ein Ratsbeschuß existiert.

Bei den Verhandlungen zwischen LEG und uns stellte sich heraus, daß Herr Niederhausen von der LEG in Wahrheit eine Marionette von Oberstadtdirektor Rossa ist. Dieser hatte angeordnet, das Konzept von uns für die Häuser Zugasse 43-45 und Zwirnerstr. 12 von vornherein abzulehnen.

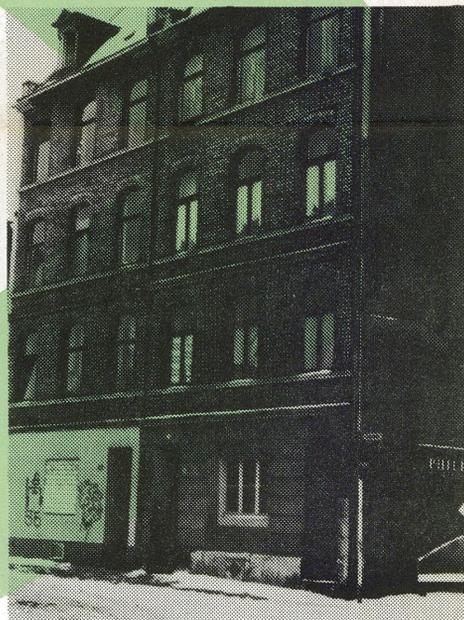
Das Wohn- und Modernisierungskonzept der besetzten Häuser sieht wie folgt aus:

Gründung einer Hausgemeinschaft, in der Familien, Alte und Ausländer neben dem Studenten und Arbeiter wohnen und einer für den anderen mitverantwortlich ist und wo die Modernisierung in Mieterselbsthilfe durchgeführt wird.

1) Die Häuser können nur in einer gewissen Selbstverwaltung funktionieren. In anderen städtischen Häusern wird durch die Abhängigkeit der einzelnen Mieter von den Ämterbürokraten die Vereinzelung und Vereinsamung gefördert und die Bildung einer Hausgemeinschaft verhindert. Allein eine selbstverwaltete Hausgemeinschaft kann bestimmte soziale Haltungen verlangen, ein städtischer Beamter nicht.

2) Die Auswahl der Mitbewohner muß durch die Hausgemeinschaft erfolgen. Sie allein kann garantieren, daß kein „besseres“ oder „schlechteres“ Ghetto entsteht.

3) Eine soziale Haltung gegenüber Mitmenschen und dem gemeinsamen Besitz fragt nicht nach Schichtzugehörigkeit, sie ist über alle Schichten und Klassen



Der neueste Stand der Verhandlungen:

— Der Abriß der Häuser in der Zugasse ist auf 3 Jahre aufgeschoben.
— In den Baulücken sollen jetzt Sanierungshotels errichtet werden, in denen die Sanierungsbetroffenen bis zur Durchführung der Sanierung untergebracht werden sollen.

verteilt. Aus diesem Grund ist es auch möglich, die Ärmsten und Bedrücktesten aufzunehmen, die sonst in Heimen, Anstalten oder anderen Abschiebeeinrichtungen für horrenden Summen ausgesondert werden.

4) Ein gemeinsam als positiv empfundener, „einfacher“ Lebensstandard hilft mit, gesellschaftliche Zwänge und Ächtungen abzubauen und öffnet den Weg dazu, Befriedigung in der Zuwendung anderer oder zu anderen Menschen zu finden. Vor allem an Wohn- und Lebensstandard macht sich ja die zerstörerische zwischenmenschliche Konkurrenz fest. Ängste, Minderwertigkeitsgefühle usw. werden durch dieses Streben erzeugt und gefördert.

5) All dies wird dadurch gefestigt, gefördert und erlernt, daß Entscheidungen in Hausversammlungen getroffen werden. Sie wird zu einem ständigen Lernprozeß für alle Beteiligten. Die Hausbewohner sind dadurch angehalten, sich immer wieder neu mit den allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen zu befassen. Auf diese Weise kann eine solche Selbsthilfe-Hausgemeinschaft auch nach außen hin produktiv werden.

Durch diese Form des Zusammenlebens wird auch die Möglichkeit geschaffen, die Mieten auf einen Mindestsatz zu senken, der wesentlich unter den Vorstellungen der LEG und der Stadt (Zum Teil qm-Preis von 4,50 DM) liegt. Das dies keine utopische Vorstellung ist, haben schon die Porzer Selbsthilfe gegen Wohnungsnot und die Hausgemeinschaft Salierring 41 in der Vergangenheit bewiesen. Selbst Prof. Ganser vom Ministerium für Städtebau und Landesentwicklung gibt zu, daß für die sozial Schwächsten kein Platz ist. Die sollen weiterhin in den Köpfen der Planer in ihren Ghettos dahinvegetieren und letztendlich ganz aus dem Viertel vertrieben werden. Mit unserem schon praktizierten Konzept können wir eine Möglichkeit schaffen, daß auch diese Bevölkerungsschichten eine vernünftige Existenzgrundlage haben. Wir fordern die LEG und Stadt auf:

- unser Konzept im Severinsviertel zu verwirklichen
- oder ihre Pläne offen zu legen

AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF

Alle von der Sanierung Betroffenen, die Schwierigkeiten mit der LEG oder der Stadt haben bieten wir an, sich mit uns zusammen gegen die SCHWEINEREIEN zu wehren. Sie können sich direkt an uns wenden oder auf unsere Sitzungen (täglich außer Samstag und Sonntag) 20.00 Uhr in die Zugasse 43 zu kommen. Weiterhin sind wir für jede Unterstützung und Information dankbar.

Von Spekulanten und Sanierungsamt aus dem Sanierungsgebiet Mülheim vertrieben – im Stadthaus (Sitz des Amtes für Stadtsanierung) wiedereröffnet:

Imbiss Kühlem



13 Jahre lang hat Frau Kühlem mit ihrer Grillstube für sich und ihre Familie in der Von-Sparr-Straße 42 in Mülheim den Lebensunterhalt verdient. Jetzt ist sie am Ende. Spekulanten und Sanierungsbehörde haben sie fertig gemacht.

Spekulanten kauften sich 1981 in das Haus ein und wirtschafteten es zielstrebig herunter. Die alten Mieter wurden verdrängt, das Haus verkam zu einer Absteige, für Möbliertzimmer wurden Wuchermieten kassiert, Dreck und Müll blieben liegen, Ungeziefer breitete sich aus, Betrunkene lagen schon am helllichten Tage vor der Tür. Das Geschäft von Frau Kühlem ging zurück - die Sanierungsbehörde unternahm nichts.

1983 erhöhten die Verwalter die Miete für den Imbiß und eine kleine Wohnung von 760,- auf 2500,- Mark monatlich. Als Frau Kühlem nicht zahlen konnte, erhielt sie die Kündigung. - die Sanierungsbehörde findet dieses Vorgehen in Ordnung.

In den nächsten Tagen wird Frau Kühlem geräumt, - die Sanierungsbehörde hat nicht einmal eine Ersatzwohnung für sie bereit.

Versprochen wurde in Mülheim viel: Modernisierung der Wohnungen mit öffentlichen Mitteln, Einschreiten gegen Spekulanten, Schaffung billigen Wohnraums durch die Stadt und das Land NRW in Alt- und Neubau, Schutz des Gewerbes. Die Wirklichkeit allerdings sieht überall so aus wie bei Familie Kühlem: Häuser verfallen, Spekulanten vertreiben die Mieter, Gewerbetreibende müssen schließen.

Die Stadt hat die Gesetze und das Geld an der Hand, um es besser zu machen. Aber die Verantwortlichen wollen nicht. Sie wollen Ruhe und scheuen die Auseinandersetzung mit Geldsäcken. Das Schicksal der kleinen Leute juckt sie nicht.

Wir verlangen:

- volle Anwendung der Sanierungssatzung und der Ratsbeschlüsse gegen Spekulation, für den Schutz von Mietern und Gewerbetreibenden.
- Ersatzwohnraum für Familie Kühlem in Mülheim und Hilfe bei der Gründung einer neuen Existenz.
- Absetzung des Amtsleiters Pankoke und Ernennung eines Amtsleiters, der ernsthaft für die Verwirklichung der Sanierungssatzung eintritt.



SSK-Mülheim
Düsseldorfer Straße 74
Tel. 62 50 52

Nun ist es bald so weit

Die Stadt Köln strebt Verhandlungen über Erbbaupachtverträge mit der Porzer Selbsthilfe an, wie der Artikel vom Stadtanzeiger, geschrieben am 16.12.1984, deutlich ausdrückt.

Erbbaupachtvertrag mit der „Porzer Selbsthilfe“ angestrebt

Modell: Besetzung soll jetzt legalisiert werden

Stadt hat Verhandlungsauftrag – Platz für 60 Bewohner geplant

Von unserem Redakteur
Halvard Langhoff

Ensen – Die Bewohner der besetzten ehemaligen Obdachlosenhäuser in Ensen haben die Chance, daß ihr Wohnverhältnis legalisiert wird. Denn der Liegenschaftsausschuß hat jetzt die Verwaltung beauftragt, mit den Hausbesetzern am Ensener Weg Kontakt aufzunehmen und Verhandlungen über einen Erbbaupachtvertrag mit dem Verein Porzer Selbsthilfe zu führen. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der CDU herbeigeführt.

Vorausgegangen waren dieser Entscheidung Kontakte zwischen der Porzer Selbsthilfe und der SPD-Fraktion. Dabei erhielten die Politiker eine Menge Informationen über die Lebensweise der Menschen, die in den drei Häusern wohnen, über ihre Arbeit und ihre Ansprüche. Danach bildete sich in der SPD-Fraktion die Meinung, daß man mit den Hausbesetzern eine Art Modellversuch wagen sollte.

„Die Porzer Selbsthilfe verdient sich ihren Unterhalt selbst, es gibt kaum Sozialhilfeempfänger unter ihnen, es gibt keine Probleme mit den Nachbarn oder der Polizei“, argumentierte

jetzt SPD-Ratsmitglied Friedhelm Lenz. Aus diesem Grunde habe sich die überwiegende Mehrheit der Fraktion zu diesem Schritt entschlossen. „Und wir haben nicht unsere Entscheidung vom Wohlverhalten der Hausbewohner uns gegenüber abhängig gemacht“, ergänzt er die SPD-Haltung.

Hinzu kommt, daß zwei Gutachten – von der Technischen Hochschule Aachen und von der TH Hamburg – zum Schluß gekommen sind, daß die Porzer Selbsthilfe offenbar alle Voraussetzungen dafür bietet, daß man mit ihnen einen Modellversuch machen kann.

„Kleingenossenschaften“

Es gebe, so heißt es in den Gutachten unter anderem, bestimmte Bevölkerungsgruppen wie junge Leute, die mit geringem Einkommen und unsicheren Einkommenserwartungen eines speziellen Wohnraums bedürfen, der auch das gemeinsame Leben zuläßt. Worte wie „Gemeinschaftseigentum“ und „Kleingenossenschaften“ sind in den Gutachten zu lesen.

Zur Regelung des Hausbesetzerproblems hatte es bei der Verwaltung in letzter Zeit mehrere Denkmodelle gegeben.

Nachdem sich die GAG nicht in der Lage sah, den Renovierungsauftrag des Rates auszuführen, war geplant, die ehemaligen Sozialhäuser in die Obhut der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft (NWDS) zu geben, die die Renovierung übernehmen und dann recht billigen Wohnraum zur Verfügung stellen sollte. Die NWDS hatte an dem Projekt dann im Laufe des vergangenen Jahres das Interesse verloren.

„Auf lange Sicht“

Ein weiterer Bewerber, die Häuser zu nutzen, waren die Hausbesetzer selbst gewesen, die sich zum Verein Porzer Selbsthilfe zusammengeschlossen hatten. Mit ihnen soll nach dem Willen des Liegenschaftsausschusses nun ein Erbbaupachtvertrag abgeschlossen werden. Dabei ist es Verhandlungssache zwischen Stadt und Selbsthilfe, über welchen Zeitraum dieser Vertrag geht. „Uns ist natürlich an einem Vertrag auf lange Sicht gelegen, damit wir wirklich die Chance kriegen, daraus etwas zu machen“, kommentierte gestern eine Sprecherin der Porzer Selbsthilfe den Fortgang des Geschehens.

Seit 21. März 1981 sind die drei ehemaligen Obdachlosenhäuser, die jahrelang von der Stadt nicht genutzt wurden und langsam in einen verkommenen Zustand gerieten, besetzt. Die Hausbesetzer renovierten die Wohnungen Zug um Zug und kämpften jahrelang um eine offizielle Versorgung mit Strom und Wasser. Zur Zeit leben 35 Menschen in den drei Häusern. „Die Legalisierung unserer Aktion bietet die Möglichkeit, daß wir Wohnraum für 50 bis 60 Leute schaffen können“, sagte die Selbsthilfe-Sprecherin.

Was nicht in diesem Artikel steht

Am 21.3.1981 wurden die leerstehenden Häuser am Ensener Weg besetzt. Die Stadt versprach uns, den Besetzern, die Häuser zu übergeben, wenn wir folgende Bedingungen erfüllen: nämlich, einen Verein als Ansprechpartner zu gründen und den bereits vorhandenen Abrißbeschluß aus der Welt zu schaffen. Beide Bedingungen sind bereits vor 2 Jahren erfüllt worden. Nur die Stadt hielt sich nicht an ihre Abmachungen. Vielmehr beschimpfte sie uns und versuchte, uns vergebens durch die GAG und der NWDS zu räumen.

Auch wurden die Spekulationspläne vom Ratsmitglied Faber durch die Besetzung durchkreuzt. Worauf er mit Prozessen, die er kleinlaut zurückzog, uns bekämpfte. Wir lebten 3 Jahre ohne Strom- und Wasseranschlüsse, wodurch viele von uns wegen der hygienischen Verhältnisse krank wurden und die seelischen Belastungen nicht mehr aushielten.

Da wir kein Geld hatten, verdienten wir uns Geld durch Transporte und Möbelverkauf. Von diesem Geld konnten wir uns ernähren und, so gut es eben ging, die Häuser bewohnbar machen. Anfang 1984 schlossen wir uns selbständig Strom an, da das soziale Gewissen der Stadt sich weigerte, uns die zum menschenwürdigen Leben notwendigen Stromanschlüsse zu geben. Und schließlich mußten wir uns gegen die Beleidigungen der Porzer CDU wehren. Durch einen richterlichen Beschluß darf die CDU uns nicht mehr als Stromdiebe bezeichnen, sonst muß sie an uns 500.000 DM zahlen oder für 6 Monate ins Gefängnis gehen.

Das Fazit vom Ganzen

All dies ist in den letzten 4 Jahren am Ensener Weg in den besetzten Häusern passiert. Und wir, die Bewohner, haben es nur deshalb ausgehalten, weil ein Großteil der Porzer Bevölkerung

uns durch Aufträge und Unterschriften unterstützt hat.

Nicht nur die Porzer Bevölkerung half uns, sondern auch namhafte Personen wie Professor Fehl von der TH-Aachen, der Dipl.-Ing. Andreas Pfadt setzten sich für uns ein. Sie mußten feststellen, daß unser Zusammenleben zukunftsweisend ist und als Modell angesehen werden muß.

Aufgrund dieser Tatsache hat sich die Stadt Köln wohl endlich nach 4 Jahren entschlossen, mit uns, der Porzer Selbsthilfe, in Verhandlung zu treten. Im Grunde genommen hätte sich die Stadt viel Ärger und uns viel Elend ersparen können. So wird wohl der Stadtdirektor und Leiter des Liegenschaftsamtes Uhlenküken, der uns sogar die Müllabfuhr verweigerte, die Anweisung erhalten, mit uns über Erbbaupachtverträge zu verhandeln. Aber gerade Uhlenküken ist durch seine brutale Räumung in der Niehler Straße bekannt geworden. Er versprach 3 türkischen Familien eine Frist, damit sie aus den besetzten Häusern ausziehen konnten und ließ, ohne sich an seine Abmachungen zu halten, räumen. Und dies mit einem riesigen Polizeiaufgebot, während nebenan ein Haus abgerissen wurde. Er ist nicht nur in unseren Augen skrupellos und wortbrüchig, auch das Gericht bezeichnete sein Vorgehen als perphide und unmenschlich.

Es dürfte wohl als selbstverständlich gelten, daß wir Uhlenküken nicht über den Weg trauen. Denn er wünscht sich nichts sehnlicher, als auch uns aus dem Weg zu räumen.